



# Delegiertenversammlung BLVK

## Protokoll der 111. ordentlichen Delegiertenversammlung BLVK Mittwoch, 20. Mai 2009, 8<sup>30</sup> im Rathaussaal Bern

Vorsitz:	Präsident Jürg Boss	
Protokoll:	Sekretär Jörg Fritschi	
Anwesend:	1. Teil: 70 Delegierte; 2. Teil: 71 Delegierte 10 Mitglieder der Verwaltungskommission (alle) Heil Luzius, Direktor der BLVK Kaufmann Christian, Vizedirektor der BLVK Mitarbeitende der BLVK	
Gäste:	Wildi Arnold, Präsident DV BPK Musy Pierre-André, Vizepräsident DV BPK Hofstetter Margot, Erziehungsdirektion, Bern Gsteiger Brigitte, Geschäftsführerin LEBE Michel Christoph, Bereichsleiter Gewerkschaft LEBE Gasser Peter, Vizepräsident SEJB	
Entschuldigungen:	Gatti Martin, Präsident LEBE Seiler Roland, Präsident VK BPK Madjar Michael, Dr., CGAS Hartmann Regula, ASVS Bergamin Ricco, Del. Bern-Stadt	
Übersetzer:	Piller Sulpice, Konferenzdolmetscher, Bern	
RR = Regierungsrat	VK = Verwaltungskommission	WK = Wahlkreis
GR = Grossrat	DV = Delegiertenversammlung BLVK	BPK = Bernische Pensionskasse

## Verhandlungen

### 1. Eröffnung

*Präsident Jürg Boss* eröffnet die 111. Delegiertenversammlung der BLVK pünktlich um 8<sup>30</sup> mit der Begrüssung der Mitglieder der VK, der Direktion und den Mitarbeitenden der Verwaltung, der Gäste, dem Simultanübersetzer und den Vertretungen der Medien und den Delegierten.

70 (71) der 72 Delegierten sind anwesend, die DV ist beschlussfähig. Absolutes Mehr: 36

Die Unterlagen sind allen Delegierten reglements-gemäss am 3. April 2009 zugestellt worden. Im Nachversand vom 8. Mai haben die Delegierten einen schriftlich eingegangenen Antrag und 2 Fragen vom WK Bern-Stadt erhalten.

*J. Boss* erklärt vorab, warum die Genehmigung der Geschäftsberichte 2003 und 2004 nicht traktandiert worden ist:

- an der DV 2006 und 2007 wurde die Genehmigung der zwei Geschäftsberichte und Jahresrechnungen einstimmig abgelehnt.
- für 2008 hat das Büro DV das Geschäft nicht auf die Traktandenliste gesetzt.
- In einem Schreiben vom 16. Juli 2008 forderte das [ASVS](#) die VK auf, das Geschäft für die heutige DV zu traktandieren. Für den Fall der Nichtgenehmigung stellte das ASVS aufsichtsrechtliche Massnahmen in Aussicht.
- An der Sitzung vom 10. März 2009 hat das Büro DV nach eingehender Diskussion einstimmig auf die Traktandierung des Geschäfts verzichtet. Dieser Entscheid wurde am 13. März 2009 schriftlich dem ASVS übermittelt. Bis am 19.5.2009 ist weder eine Empfangsbestätigung noch eine Antwort eingetroffen.
- Begründungen gemäss Protokoll der DV 2007: ... „Die Nichtgenehmigung darf nicht nur mit den Verantwortlichkeitsklagen in Verbindung gebracht werden, es gibt weitere wichtige Aspekte wie die Ausfinanzierung.“

Die [Projektleitung Futura](#) hat am 9.3.2009 ihre [Terminplanung](#) revidiert. Alle machen es sich zur Pflicht, genau hinzuschauen und alle Kollegien auf dem Laufenden zu halten!



# Delegiertenversammlung BLVK

Unsere Forderungen sind deponiert und haben nach wie vor ihre Gültigkeit.

Vertreter der Büros BPK und BLVK haben sich im letzten Winter zu einem informellen Gespräch getroffen und beschlossen, diesen Kontakt weiter zu führen und wo nötig koordiniert vorzugehen.

*Arnold Wildi (Präsident DV BPK)* richtet eine Grussadresse an unsere DV:

Er kennt das ganze Spektrum der Versicherten von der Basis her. Es braucht umsichtige Verantwortungsträger in allen Gremien, die sich Fragen stellen, einmischen und sich nötigenfalls auch wehren. Es gilt unsere Kräfte zu vereinen und zu bündeln und dafür zu sorgen, dass unsere Kassen für alle Versicherten intakt bleiben.

*Präsident J. Boss* richtet ein Wort an die Presseleute:

„Wir schätzen Ihre Berichte, sofern diese objektiv, differenziert und sachlich korrekt ausfallen. Gewisse Zeitungsberichte haben in den vergangenen Wochen eine gewisse Sorgfalt vermissen lassen. Das Erfinden von reisserischen Schlagzeilen wie „Immense Forderungen der Lehrerversicherungskasse“ ist wahrscheinlich weniger anspruchsvoll als das seriöse Recherchieren ...

... In dieser Situation sieht Herr Schäfer den originellen Ausweg im sofortigen Primatwechsel. Er hat die [Medienmitteilung der BLVK](#) vom 3. April 2009 wohl nicht in allen Teilen verstanden und daher oberflächlich kommentiert. Die Auffassung der Versicherten kommt überhaupt nicht zum Ausdruck. Bitte künftig mit mehr Sorgfalt recherchieren und an kundiger Stelle nachfragen und nur das schreiben, was sachlich stimmt!“

## 2. Wahl der Stimmzählenden

Als Stimmzähler werden gewählt: Beatrice Stofer, Christian Germann und Siegfried Merz.

## 3. Protokoll der 110. o. Delegiertenversammlung vom 21. Mai 2008

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt und vom Präsidenten verdankt.

## 4. Berichterstattungen

### 4.1 Präsident DV

Mit der Resolution vom 21. Mai 2008 ([Wortlaut s. Anhang Protokoll 2008](#)) geschah Folgendes:

- Am 25. Juni 2008 Präsentation und Erläuterung der Resolution an einer Medienkonferenz, anschliessend Übergabe des Resolutionstextes bei der Staatskanzlei.
- Betreffend einer angemessenen Vertretung in der Gesamtprojektleitung Futura wurden verschiedene Adressaten am 10. Juli und nachher noch mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass die DV als ein Organ der BLVK in der Gesamtprojektleitung FUTURA vertreten sein müsse. Auch die VK hat sich zwei Mal für die DV schriftlich eingesetzt. Alle diese Bemühungen blieben vergeblich.
- Am 3. Dezember 2008 erfolgte die Absage des RR mit der Begründung, VK und Direktion der BLVK seien in der Gesamtprojektleitung und der Projektleitung mit zwei Mitgliedern sowie den PK-Experten vertreten. Zudem erachte der RR LEBE als repräsentative Interessenvertretung der Lehrkräfte. (SEJB scheint ihm nicht bekannt zu sein).

Erfreulich ist, dass die VK bei der Ausarbeitung eines neuen Vorsorgereglements eine Vertretung der DV beiziehen wird.

### 4.2 Direktion und VK

*Dir. L. Heil* blickt auf das vergangene Jahr zurück. In den vergangenen 12 Monaten hat die BLVK

- das Versprechen der flächendeckenden Zustellung eines Vorsorgeausweises erfüllt.
- das neue integrale Destinatär-Verwaltungssystem PKS innert 10 Monaten ausgeschrieben, eingerichtet und zum Funktionieren gebracht. Toleranzen, schwankende Teilpensen, Urlaube, Teilurlaube sowie Teilpensionierungen können nun zeitgerecht berücksichtigt werden.
- die zum Teil seit 2005 offenen Semesterverarbeitungen (rund 16'000 Pendenzen) bis August 2008 abgearbeitet und die Dossiers bereinigt. Dazu wurde die Mitarbeiterzahl zeitweise auf gegen 60 erhöht, heute sind es noch 43.
- Neuerungen eingeführt: Guthaben auf dem individuellen Sparkonto kann ab 01.03.2009 in Rentenform bezogen, Rentenkürzungen durch vorzeitigen Rücktritt können ausfinanziert und Überbrückungsrenten vorfinanziert werden.
- u.a. durch Telefoncoaching zu Verbesserungen in der Kundenfreundlichkeit gesorgt.



# Delegiertenversammlung BLVK

## Zukunftsperspektiven:

Sollte der Primatwechsel in weite Ferne rücken, wird sich die BLVK weitere Neuerungen überlegen, z.B. die Einführung einer Lebenspartnerrente.

Die Verwaltungskommission hat deshalb beschlossen, eine Senkung des technischen Zinssatzes von 4.0% auf 3.25% per 1. Januar 2010 in die Wege zu leiten. Die Umsetzung wird erhebliche Arbeiten auf Normen- und Systemebene bedingen.

Im Bereich IT und Organisation wird bis im Herbst der Internetauftritt überarbeitet. Die Homepage soll kundenfreundlicher und informativer gestaltet werden. Die Versicherten sollen mit Hilfe div. Tools verschiedene Berechnungen selber durchführen können.

## 4.3 Stellungnahme der VK zu den Anträgen der 110. o. DV

M. Dübendorfer erläutert die mit Brief vom 20. August 2008 erfolgten Antworten.

### **1. Antrag Bern-Stadt betr. Ausfinanzierung inkl. Wertschwankungsreserven:**

Die VK setzt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine vorgezogene Sanierung ein. Ein Primatwechsel der BLVK in Unterdeckung ist für die VK ohne adäquate Massnahmen nicht vorstellbar.

Es darf nicht übersehen werden, dass die Deckungslücke im Jahr 2008 von 650 Mio. Fr. auf 1.55 Mia. Fr. angewachsen ist. Zusammen mit den Schwankungsreserven ist der Betrag für eine vollständige Ausfinanzierung auf über 2.7 Mia. Fr. angewachsen. Jetzt muss in Gesprächen mit der Regierung eine für beide Seiten tragbare Lösung gefunden werden.

### **2. Antrag Jura betr. Kaufkraftverlust der Renten:**

Ansprechpartnerin ist die Erziehungsdirektion als Arbeitgeberin. Nach den bekannten Gesetzen hat die VK keinen Handlungsspielraum.

Sollte die Teuerung massiv ansteigen, wird die Lage der Rentner überprüft werden müssen. Die VK und der Präsident der DV haben vereinbart, dass die verschiedenen Aspekte des Teuerungsausgleichs für die Rentner am Schulungstag für die Delegierten im Herbst 2009 vertieft behandelt werden.

### **3. Antrag Bern – Süd „Orientierung der Delegierten..“**

Die VK weist auf die Verbesserungen in der Beratungsqualität, auf [Nexus](#), auf die Verbesserung der Telefonauskunft usw. hin. Das Feedback vieler Versicherter ist positiv!

### **Votum Hans Bangerte WK Seeland:**

Es geht darum, die breite Öffentlichkeit und die Medien auf einen fatalen Selbst-Mechanismus des Rentenabbaus aufmerksam zu machen, den die jetzigen und zukünftigen Betroffenen nicht selbst korrigieren können.

Mit allem Nachdruck muss deshalb schlecht recherchierten oder tendenziösen Falschmeldungen in den Medien umgehend entgegengehalten werden. Es ist an uns allen, den wirklichen Sachverhalt zu kommunizieren.

In 15 Jahren werden 35,5% oder 5'613 heutige Aktive auch Rentnerinnen und Rentner sein, in 20 Jahren 8'037 oder 50,9 %.

Begonnen hat alles wegen der nachweislich falschen, da zu tiefen Ausfinanzierung durch den Kanton im Jahr 2000 und dem darauf folgenden BLVK-Debakel. Die gemachten Fehler wurden im [PUK-Bericht \(Pdf\)](#) aufgezeigt. Um dessen Umsetzung kümmert sich niemand!

Wegen dem Debakel wird seit 2005 die bernische Lehrerschaft stark zur Kasse gebeten:

- Die Aktiven mit enormen Sanierungsbeiträgen, erhöhten Beitragsjahren und späterem Erreichen der Vollrente.
- Die Rentnerinnen und Rentner mit kontinuierlichem und unkorrigierbarem Kaufkraftverlust auf ihren Renten.
- Die Deckungslücke erlaubte keine gute Performance.

Heute würde eine volle Ausfinanzierung nicht wie im Jahr 2000, rund 350 Mio. kosten, sondern 1.5 Milliarden!

An die Adresse des RR und des GR müssen deshalb immer wieder folgende Fragen gestellt werden:



# Delegiertenversammlung BLVK

- "Wie lange glaubt Ihr, dass eine Rente sich kaufkraftmässig verkleinern kann, bis der Gang zum Sozialamt unumgänglich wird?"
- "Wo wird der Punkt erreicht sein, wo das fehlende Geld die Existenzgrundlage in Frage stellt?"

Um diese existenziellen Fragen sollte sich spätestens ab jetzt kein Politiker und keine Politikerin mehr drücken dürfen!

Die Bilanz heute nach PUK, Wahlen, Hoffnungen, Resolutionen und Anträgen: Keine Veränderungen. „Nehmt die Politiker in die Pflicht! Wir stehen vor den Wahlen 2010!“

## 4.4 Anlagetätigkeit und 4.5 CGAS

### *Stellungnahme von Max Baur, Bern Stadt*

Er las am 4.2.2009 in einem Bund-Artikel, dass die BLVK vom Lehmann-Debakel mit 10 Mio. direkt betroffen sei. Deshalb stellte er am 20.4.2009 an der WKV Bern-Stadt einen Antrag mit 3 Fragen an die Direktion. In einem klärenden Gespräch stellte er fest, dass es sich bei den fraglichen Papieren um konventionelle Bonds aus dem Jahre 2007 handelte. Sie standen nicht im Zusammenhang mit der CS und dem Lehmann-Konkurs. Somit wurde sein Antrage hinfällig.

In der neuesten [NEXUS - Ausgabe](#) nahm er Kenntnis von der tadellosen Corporate Governance unserer Kassenführung.

### *Orientierung durch Theodor Tillmann*

Der Anlagechef gibt einen ausführlichen Marktüberblick und erläutert die Renditeentwicklung. Der grosse Niedergang setzte 2008 mit grossen Verlusten im September ein. An einem Rückblick auf die grössten Börsenkorrekturen in der Vergangenheit kann abgeschätzt werden, wie es weitergehen könnte.

Vermögensaufteilung und Renditeentwicklung können dem [Geschäftsbericht \(Pdf\)](#) entnommen werden. Die Gesamtperformance betrug nach S. 31 zum Jahresende -14.06%.

Die aktuelle Renditeentwicklung von Jan. – April 2009 liegt mit 2.2% im Plus. Wir hoffen, das Schlimmste überstanden zu haben.

Anschliessend beantwortete *Th. Tillmann* Fragen von *Hermann Büchler (WK Seeland)* zur Anlagestrategie:

### **Stimmrechte. Wie wurde an Aktionärsversammlungen bei kontroversen Geschäften von der BLVK abgestimmt?**

- Bei den grössten dreissig Schweizer Aktien wurden die Stimmrechte durch die [Corporate Governance Agency Switzerland](#) wahrgenommen ([siehe GV Statistik](#)).
- Bei den übrigen Schweizer Aktien wurde meist der unabhängige Stimmrechtsvertreter beauftragt im Sinne des Verwaltungsrates zu stimmen.
- Bei den ausländischen Aktien wird auf eine aktive Stimmrechtsausübung verzichtet.

### **Von welchen Firmen hält die BLVK Wertpapiere (abgesehen von den 10 Schweizer Firmen, die im Geschäftsbericht erwähnt sind)? Können die Namen dieser Firmen öffentlich gemacht werden?**

- Die BLVK hält die meisten Aktien die im „Swiss Performance Index“ enthalten sind. Dies sind im Augenblick ca. 211 Aktien.
- Die Positionsgrösse richtet sich jeweils nach der Marktkapitalisierung.

### **Gibt es Ausschlusskriterien? Ist es undenkbar, auch bei einer „passiven Anlagestrategie“ gewisse Ausschlüsse oder Gewichtungen vorzunehmen?**

- Die Verwaltungskommission hat entschieden, dass die Aktienanlagen dem jeweiligen Vergleichsindex entsprechen.
- Die Vermögensverwalter haben den Auftrag die Indexrendite zu erreichen. Deshalb sind keine Ausschlüsse möglich.

### **Ist es ethisch und volkswirtschaftlich verantwortbar, in Hedge Fonds zu investieren?**

- Die Investition in alternative Anlagen wurde aus Diversifikationsgründen getätigt, da sich diese Anlagen in der letzten Krise gut entwickelt haben.
- Hedge Fonds versuchen Marktineffizienzen auszunutzen und leisten damit einen Beitrag zur besseren Liquidität.



# Delegiertenversammlung BLVK

- Allerdings ist die Transparenz der eingesetzten Mittel nicht immer gegeben.
- Die Kosten dieser Vermögensverwalter sind im Vergleich zu anderen Anlagekategorien hoch.
- Im Rahmen der Überprüfung der Anlagestrategie werden Hedge Fonds kritisch hinterfragt.

## **Der CGAS-Bericht ist erfreulich. Sind auch hier nähere Angaben zu den Stimmrechtsempfehlungen der CGAS möglich?**

- Der Verwaltungskommission resp. dem Anlageausschuss sind die Stimmrechtsempfehlungen der CGAS zugänglich und bekannt.
- Die Traktandenlisten der dreissig vertretenen Gesellschaften sind meist sehr umfangreich. Eine Aufstellung im Geschäftsbericht würde den Rahmen sprengen.

## **4.6 Bericht zur finanziellen Lage der BLVK und zu den vorgesehenen Massnahmen**

### **Präsentation Dübendorfer zur finanziellen Lage der BLVK**

VK Präsident M. Dübendorfer orientiert in einer eindrücklichen Präsentation über die finanzielle Lage der BLVK per 31.12.2008 und die Entwicklung des Sanierungsprozesses. Zudem begründet er die Senkung des technischen Zinssatzes und zeigt mögliche Massnahmen auf.

Die Bilanz verschlechterte sich 2008 um rund 900 Mio. Fr., der Deckungsgrad sank auf 73.5%. Der Risikoverlauf bei der Todesfall- und Invalidenversicherung verlief in den letzten Jahren positiv. Der Überschuss betrug 5.6 Beitragsprozente.

Das Verhältnis Aktive zu Rentner verschlechtert sich zusehends. ([Geschäftsbericht S. 17](#)). Gegenwärtig ist das Vorsorgekapital für die Rentner etwa gleich hoch wie für die Aktiven. Die Jahre 2004 - 2007 waren eigentlich gute Jahre mit pos. Rendite. Das Vorsorgekapital ist stetig angewachsen, das verfügbare Vermögen ist aber 2008 abgesunken und entsprechend auch der Deckungsgrad.

Zur Erinnerung:

2005 wurden die ordentlichen Beiträge bereits von 18.8 auf 21% erhöht und zusätzliche Sanierungsbeiträge von 5.15% eingeführt. Zudem erhalten die Versicherten die volle Rente erst mit 40 Beitragsjahren im Alter von 65 (vorher 38/63).

Nach oben angepasst wurden auch die Diensterhöhungsbeiträge und die Einkaufstarife. Die Überbrückungsrente wird mit der Rente verrechnet.

**Den Rentnern der BLVK hat man 2005 bereits einen früher ausgerichteten Teuerungsausgleich wieder weggenommen. Georg Fischer war nicht der erste Fall!!!**

### **Verlauf der Sanierung:**

Beigetragen zur Sanierung haben bis 2007 die gute Rendite und die Sanierungsbeiträge (ca. 0.8% des Deckungsgrades p.a.) und der Überschuss von den ordentlichen Beiträgen.

Vor dem Absturz 2008 war fast die halbe Sanierung aufgeholt! Unser Ziel ist es, wieder auf die dem Sanierungsplan entsprechende Kurve zu kommen. ([s. Anhang 1](#))

Um das Sanierungsziel zu erreichen muss der Technische Zinssatz (TZ) auf 3.25 % gesenkt werden.

Dies hat folgende Auswirkungen:

- Das Vorsorgekapital steigt um 554 Mio. Fr.
- Der Deckungsgrad fällt um etwa 6.5% auf rund 67%.
- Es muss mehr und zu einem tieferen Zinssatz angespart werden, wenn die gleiche Rente anstrebt wird.

Deshalb hat sich die VK folgende Überlegungen gemacht:

- Die Staatsgarantie muss beibehalten werden! So muss sich niemand um seine Rente sorgen.
- Eine Erhöhung der ordentlichen Beiträge (aktuell 21% plus Sanierungsbeiträge) ist nicht möglich.
- Eine Leistungskürzung wäre der letzte Ausweg.

Ansatzpunkte sind:

- Ausfinanzierung der Vergrößerung der Deckungslücke durch den Arbeitgeber.



# Delegiertenversammlung BLVK

- Verzinsung der Vergrößerung der Deckungslücke. Hierzu hat die VK ein Gesuch an den RR gestellt. (554 Mio. Fr. die durch die vorgesehene Senkung des TZ entstehen. Die BLVK benötigt primär den Ertrag aus der Deckungslücke!)
- Verlängerung der Sanierungsfrist.
- Eine Anpassung der Anlagestrategie ist nicht tragbar. Eine höhere Rendite ist mit höherem Risiko verbunden. Dies wäre unverantwortlich.

## Fazit:

Bei einem TZ von 3.25% und einem Deckungsgrad von 67.11% wären 5.55 % Rendite nötig. Wir können aber nur mit 3.75% rechnen.

### **Ohne zusätzliche Massnahmen ist eine Sanierung nicht möglich!**

Ohne Ausfinanzierung und Schliessung der Deckungslücke müsste über eine Leistungskürzung diskutiert werden, wenn sich die Märkte in den kommenden Jahren nicht erholen würden.

Der Gesetzgeber fordert leider von den Kassen Sofortmassnahmen auf Grund der tiefen Zahlen einer Jahrhundertkrise. Wir erwarten vom ASVS die Bewilligung von Massnahmen, die zeitlich einen vernünftigen Horizont bieten.

## Votum Rolf Stähli, Oberland - Süd

Er stellt sich die Frage, ob zu den Verlusten von 15% die ganze Wahrheit gesagt worden ist. Aus seiner Sicht waren es 17%. Ist hier etwas zu verstecken?

VK-Präs. Dübendorfer weist jede Anschuldigung bez. Intransparenz zurück. Die Rendite die ausgewiesen wird (-14%) ist nicht das Einzige, was den Deckungsgrad verändert. Die Kasse hätte ja auch 4 % erwirtschaften müssen. Diese gehen auch zu Lasten des Deckungsgrades. Dazu kommen weitere Faktoren.

## Rolf Rüfenacht, Bern – Stadt hat zwei Fragen.

### **1. Klassenschliessungen** werden zu Entlassungen von Lehrpersonen führen.

Es kann nicht sein, dass grosse Kapitalien zu Lasten der Versicherten von der BLVK abgezogen werden (z.B. Austritt HSW). Wie ist der Stand zum Thema Teilliquidation?

Dir. Heil kann beruhigen:

Die VK hat den Austritt der HSW als Teilliquidation betrachtet und den ca. 40 Beteiligten die Austrittsleistung im Verhältnis zur Unterdeckung gekürzt. Die VK stützte sich beim Entscheid auf das vom ASVS genehmigte Teilliquidationsreglement der BLVK. Gemäss Bundesgesetz ist die Aufsichtsbehörde auch Genehmigungsbehörde. Nach Bundesgesetz wurde dieses Reglement rechtsgültig erlassen.

Der Kt. Bern ist dagegen der Meinung, das Reglement hätte ihm zur Genehmigung vorgelegt werden müssen und hat die Genehmigung durch das ASVS beim Bundesverwaltungsgericht angefochten.

Eine Abweisung der Beschwerde wird erwartet, weil das BVG gar nicht zuständig ist. Mit einem Urteil ist im kommenden Herbst zu rechnen.

Gespräche mit dem Kanton sollen zeigen, was dieser plant und was auf unsere Kasse zukommt.

### **2. Teuerungsrate**

Wegen wirtschaftspolitischer Massnahmen ist die Geldmenge in der Schweiz innert kürzester Zeit verdoppelt worden. Wenn ein Aufschwung kommt, droht eine entsprechende Teuerung. Was wird vorgekehrt für den Fall, dass die Teuerungsrate zweistellig wird?

M. Dübendorfer antwortet wie folgt.

Sollte dieser Fall eintreten, müsste gehandelt werden.

Die VK wird aber nie etwas beschliessen, das nicht dem Gesetz entspricht. Alle VK - Mitglieder haften persönlich gegenüber der Kasse für ev. Schaden! Im gegebenen Fall würden wohl die Bundesgesetze angepasst werden. In der VK hat es auch Rentner, die das Problem persönlich kennen.

## Votum Armin Thalmann

Er vertritt die Ansicht, der Deckungsgrad sei aus zwei Gründen um 17.08% zurückgegangen:

- Anlage – Er meint, mit der gegenwärtigen Anlagestrategie würden extreme Kommissionen generiert. ETF's wären günstiger.
- Versicherungstechnisch sei den Versicherten mit einer zu hohen Risikoprämie von 6.8% Geld weggenommen worden.



# Delegiertenversammlung BLVK

D. Koch, Präs. des Anlageausschusses erwiedert:

Die angeführten ETF's (Exchanged Traded Funds) sind viel teurer als unsere Umsetzungsform, mit der nicht die Banken alimentiert werden. Bei den Aktien machen die Kosten weniger als 0.1 % aus.

Zu den Risikobeiträgen ergänzt M. Dübendorfer:

Die Risikobeiträge sind 2005 auf Grund von Vergangenheitszahlen neu festgelegt worden. Der Risikoverlauf hat sich seither verbessert, u.a. durch die Umstellung von der Berufsunfähigkeit zur Erwerbsunfähigkeit in der Invalidenversicherung.

[Art. 40 des BLVK-Gesetzes](#) schreibt vor, dass Änderungen nur vorgenommen werden dürfen, wenn der Deckungsgrad 100% beträgt und die notwendigen Schwankungsreserven gebildet sind.

## 5. FUTURA

### 5.1 Orientierung über den Stand der Projektarbeiten

Dazu nimmt VK-Vizepräsident H.R. Blatti Stellung. Im Aktivitätenplan des Futura-Projekts war vorgesehen, dass sich die VK im Mai-Juni dieses Jahres mit dem Vorsorgeplan und mit Entwürfen eines Reglements für ein zukünftiges Beitragsprimat befassen würde.

Nach den Börsenereignissen von 2008 sind BLVK und BPK bezüglich Sanierungsmassnahmen mit Forderungen nach finanzieller Unterstützung an die Regierung gelangt. Bevor man seriös Vorsorgepläne in einem Beitragsprimat rechnen kann, muss man auch wissen, wo die Kassen stehen.

Die Gesamtprojektleitung hat am 4.Mai beschlossen, dass nun zuerst diese Sanierung oder wie wir dem sagen geklärt werden muss, bei BPK wie BLVK und dass dann bei geklärter Ausgangslage an den Vorsorgeplänen (sprich Futura) weitergearbeitet wird. Für Ende Juni ist uns eine Antwort des RR versprochen worden.

Da vermutlich die Regierung unsere Anliegen nicht einfach so akzeptieren wird, kann oder will, gehen wir davon aus, dass dann im August Gespräche stattfinden werden zwischen Regierung und Verwaltungskommission. Während dieser Zeit ist die Arbeit des Projektteams sistiert.

### Grusswort von [SEJB](#) Kopräsident Peter Gasser

Er lobt VK und Direktion der BLVK und dankt allen Mitarbeitenden der Kasse für ihre tägliche Arbeit.

Er bedauert, dass es in der Projektorganisation Futura keine welschen Vertreter gibt. Die Unterschiede zwischen der welschen und der deutschsprachigen Schule werden durch unsere Parlamentarier leider oft ignoriert. Zwei Beispiele:

- Wenn HARMOS abgelehnt würde, wären die welschen trotzdem bei Harmos, weil der Kanton Bern die Konvention der französischsprachigen Kantone unterzeichnet hat.
- Die Lohnunterschiede zum Kanton Neuenburg nach 6 Jahren Schulpraxis betragen (mit Ausnahme der Kindergartenlehrkräfte) Fr. 1'000.- pro Monat zu Ungunsten der Bernischen Lehrkräfte. Auch der Lebenslohn liegt hinter den Kantonen Neuenburg und Jura. Wer sich für die Zahlen interessiert, kann diese auf der Site des [SEJB als Pdf](#) herunterladen.

### Votum von Stefan Wacker

Wir haben hier vor einem Jahr eine Resolution verabschiedet und wir haben eine Empfangsbestätigung erhalten.

Heute haben wir von der VK vernommen, dass mit den Schwankungsreserven 2.7 Mia. Fr. fehlen. Wir haben gefordert, dass personalverträgliche Übergangslösungen für eine Besitzstandsgarantie in allen Alterskategorien gemacht werden müssen. Nichts ist passiert!

Die geforderte Vertretung in der Projektorganisation ist abgelehnt worden.

Wie effizient und verhandlungsfähig ist das Projekt bis jetzt vorangetrieben worden?

Mit einem Lächeln hofft er, dass die Versicherten von BLVK und BPK mit ihren Angehörigen ihr Wahlpotential von etwa 100'000 Stimmen bei den nächsten Wahlen 2010 nutzen werden.

An LEBE richtet er die Frage, wie es seine rund 9'000 Mitglieder vertrete und was unternommen werde, wenn unseren Forderungen nicht stattgegeben werden wird.

**Christoph Michel, Bereichsleiter Gewerkschaft LEBE** gibt zur Antwort:

[LEBE](#) unterstützt die Forderungen der damaligen Resolution.

Die Ausfinanzierung wird losgelöst aber insbesondere im Zusammenhang mit einem Primatwechsel zur Bedingung gestellt.



# Delegiertenversammlung BLVK

Das ev. einmal zustande kommende Gesetz muss noch durch den grossen Rat und steht dann zur Referendumsdiskussion. LEBE wird eine Schlechterstellung der Versicherten nicht akzeptieren. Zum Wahlauf Ruf wird sich LEBE nicht äussern.

## 5.2 Fragen, Diskussion

Es wird keine weitere Diskussion gewünscht.

## 6. Anträge und Vorschläge

Zu einem nicht traktandierten Antrag der WKV Bern-Stadt wird Eintreten nicht bestritten.

**Der Antrag „Gleichbehandlung der Versicherten von BPK und BLVK“** wird von *Rolf Rüfenacht, Präs. WK Bern-Stadt* präsentiert.

Er hat bez. Langlebigkeit der Lehrer festgestellt, dass ungleiches verglichen wird. Im Vergleich mit Männern und Frauen sind die Beamten langlebiger.

Die Versicherten der BLVK sind in allen Teilen und ohne Schuld der Versicherten im Vergleich mit denjenigen der BPK wesentlich schlechter gestellt.

Eintreten wird nicht bestritten. Alle Wahlkreise unterstützen diesen Antrag, ebenso das Büro. Bei Annahme durch die DV wird es in dieser Stossrichtung bei den zuständigen Stellen intervenieren.

*Christine Haldemann* illustriert: Das Gymnasium Oberaargau ist durch Fusion aus Seminar und Gymnasium Langenthal entstanden. Die Seminarlehrer sind bei der BPK versichert. Sie haben gleiche Arbeitsbedingungen und Kompetenzen aber mehr Lohn zur Verfügung als die bei der BLVK versicherten Gymnasiallehrkräfte, weil sie tiefere Beiträge bezahlen.

Hans Bangerter empfiehlt bei der redaktionellen Bearbeitung des Antrags darauf zu achten, dass nicht eine Schlechterstellung der BPK gefordert wird.

### Abstimmung:

Dem Antrag wird einstimmig ohne Gegenstimme zugestimmt. ([s. Anhang 2](#))

## 7. Geschäftsbericht 2008

Vom Jahresbericht und der Jahresrechnung 2008 sowie vom Bericht der Kontrollstelle und des anerkannten Experten für berufliche Vorsorge wird diskussionslos Kenntnis genommen.

## 8. Verschiedenes, Orientierungen

*Präsident Jürg Boss* orientiert:

Die Weiterbildungsveranstaltung vom vergangenen November war sehr gut besucht. Er freut sich auf die angekündigte Weiterführung.

Die nächste ordentliche DV findet am Mittwoch, den 19. Mai 2010 im Rathaus Bern statt. 2010 stehen Wahlen/Wiederwahlen an: Die Amtsdauer von VK, Präsident, Vizepräsident und Sekretär der DV sowie der Wahlkreisvorstände und Delegierten läuft 2010 ab.

*Vizepräsident Francis Baour* übermittelt eine Anfrage des Generalsekretärs des SEJB:

Kann die VK dafür sorgen, dass Versicherte, welche z.B. die 40 Versicherungsjahre erreicht haben und im September/Oktobre 65 Jahre alt werden, zu diesem Zeitpunkt in Rente gehen können, wie dies z.B. beim Staatspersonal üblich ist?

*Dir L. Heil* erkennt hier ein arbeitsrechtliches Problem, das nur der Arbeitgeber lösen kann.

*Jürg Boss* dank allen Mitgliedern, Mitarbeitenden, der Direktion, der VK und Frau Gfeller sowie dem Übersetzer S. Piller.

Schluss der Versammlung: 11<sup>50</sup> Uhr.

Namens der Delegiertenversammlung  
der Bernischen Lehrerversicherungskasse

Der Präsident:

Jürg Boss

Der Sekretär:

J. Fritschi

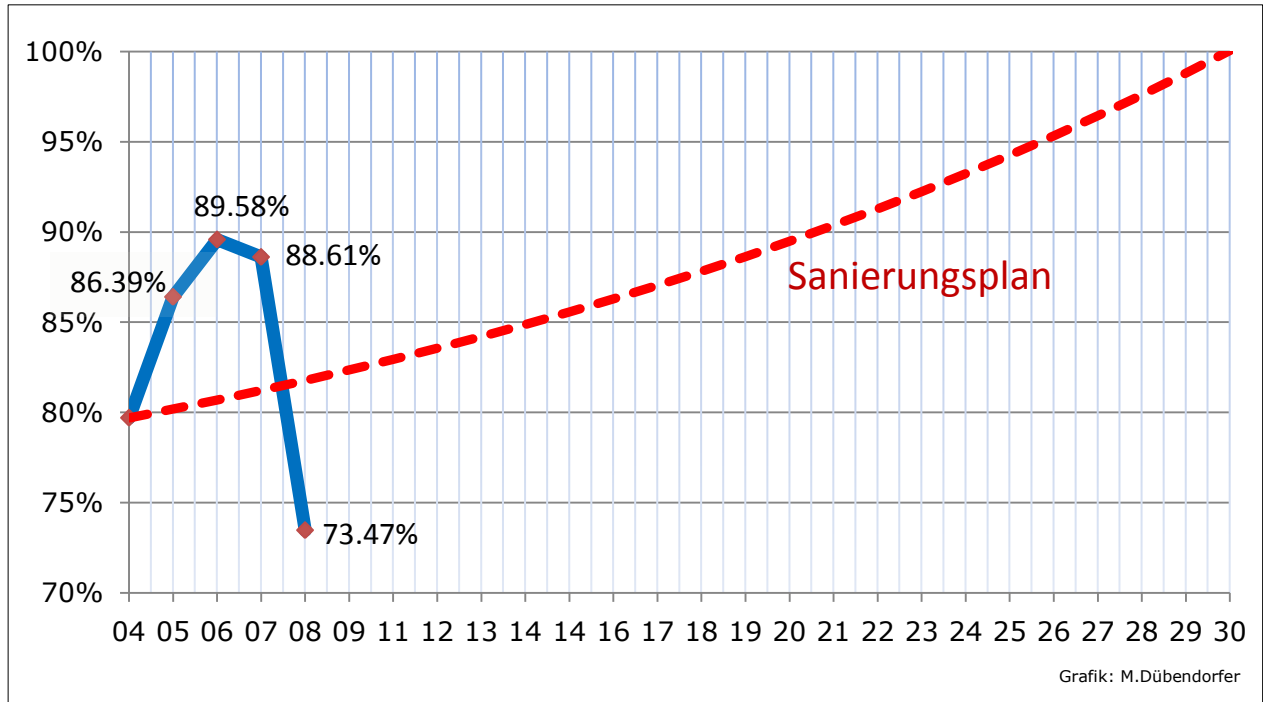




# Delegiertenversammlung BLVK

## Anhang

### 1. Verlauf der Sanierung





# Delegiertenversammlung BLVK

## 2. Antrag Bern Stadt

### Antrag

**Die Versicherten der Bernischen Lehrerversicherungskasse (BLVK) verlangen eine Harmonisierung der Versicherungsbedingungen bei den beiden Kassen BPK (Bernische Pensionskasse) und BLVK, insbesondere**

- **prozentual gleiche Arbeitnehmer und Arbeitgeberbeiträge für alle Versicherten und**
- **gleiche Verdiensterhöhungsbeiträge bezüglich der Rentenleistungen.**

### Begründung

Ohne Gegenstimme genehmigten die 70 anwesenden Mitglieder der ordentlichen Delegiertenversammlung BLVK vom 20. Mai 2009 einen entsprechenden Antrag.

- Seit 2005 bezahlen die Versicherten der BLVK Beiträge von 11.15 Lohnprozenten, diejenigen der BPK von 8.4% (ab 2010: 10.2%).
- Die Versicherten der BLVK bezahlen durchschnittlich höhere Verdiensterhöhungsbeiträge als die Versicherten der BPK.
- Andererseits erhalten die Versicherten der BLVK tiefere Leistungen: Die Beitragsdauer für die volle Rente beträgt 40 Jahre, die Maximalrente wird im Alter von 65 Jahren erreicht (BPK: 38 Beitragsjahre/63. Altersjahr).
- Die Überbrückungsrente ist bei der BLVK bei vorzeitiger Pensionierung individuell rückzahlbar. Bei der BPK ist sie im ordentlichen Beitrag enthalten.

Lehrkräfte an Gymnasien sind teils bei der BPK, teils bei der BLVK versichert. Bei gleicher Arbeit bezahlen sie verschieden hohe Beiträge an ihre Renten!

**Die Lehrerschaft wird gegenüber den übrigen Kantonsangestellten in nicht zu rechtfertigender Weise diskriminiert und ist nicht mehr gewillt, diese Situation länger zu ertragen!**

Die einzelnen Versicherten sind an der früheren Unterfinanzierung ganz klar nicht schuldig. Diese haben der Kanton und ehemaligen Mitglieder der Verwaltungskommission zu verantworten.

Deshalb verlangen wir Rahmenbedingungen für die BLVK, die es erlauben, diese klare Benachteiligung gegenüber den bei der BPK Versicherten rasch zu beheben.

Für die Delegiertenversammlung BLVK  
Der Präsident                      Der Sekretär:

sig. Jürg Boss

sig. Jörg Fritschi